

Wirtschaft beklagt anhaltend hohe Energiekosten

Stephan Stracke tauscht sich mit Vertretern des Mittelstandes aus. Diese sehen Gefahren für die globale Konkurrenzfähigkeit. Unternehmer wünschen sich daher wieder mehr Planungssicherheit.

Rieden/Berlin Aktuelle Herausforderungen für den Mittelstand in der Region standen im Mittelpunkt eines Austausches des Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) mit Firmenvertretern. Stracke besuchte dafür die Firma Prometall Fertigungstechnik GmbH in Rieden am Foggensee. Neben der Prometall-Geschäftsführung mit Andreas Hofer sen. und dessen Söhnen Andreas und Michael Hofer sowie Benedikt Sontheimer war auch Bernd Haußmann (Geschäftsführer der Otto Bihler Maschinenfabrik aus Halblech) mit dabei.

Der CSU-Politiker zeichnete zum Auftakt ein düsteres Bild der Lage: „Deutschland braucht eine Wirtschaftswende. In allen aktuellen Wachstumsprognosen ist Deutschland europaweit das Schlusslicht. Die industrielle Basis unserer Volkswirtschaft bröckelt.

Eine gefährliche Mischung aus zu hohen Belastungen bei Steuer, bei den Arbeitskosten und Energiepreisen sowie zu viel Bürokratie lähmt unser Land.“

Laut einer Pressemitteilung des Abgeordnetenbüros traf Stracke als arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion damit die Stimmung der heimischen Unternehmer. Sie sehen sich angesichts viel zu hoher Gesamtkosten, überbordender Bürokratie und dem Mangel an Fachkräften in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutlich eingeschränkt, wie sie berichteten. Allein die in den letzten Jahren kontinuierlich extrem gestiegenen Stromkosten, so rechneten Hofer sen. und Sontheimer vor, verursachten bei Prometall jährliche Mehrkosten von mehr als 500.000 Euro im Vergleich zu 2020. Dramatisch sei, dass die



Firmenrundgang bei der Prometall Fertigungstechnik GmbH: (von links) Stephan Stracke, Andreas Hofer sen., Michael und Andreas Hofer, Bernd Haußmann. Foto: Andrea Friebe/Abgeordnetenbüro

Energiekosten dauerhaft auf diesem hohen Niveau verharren.

Dadurch sei der Standort Deutschland nicht mehr attraktiv. Die Folge: Unternehmen würden verstärkt ins Ausland ausweichen

und im Inland gehen Arbeitsplätze verloren. Einig waren sich die Unternehmer, dass der Mittelstand Planungssicherheit brauche, um beispielsweise die Trends bei der E-Mobilität sinnvoll umzusetzen.

Diese Planungssicherheit gebe die Ampel nicht, heißt es in der Pressemitteilung Strackes. Geäußert wurde auch der Wunsch, Mehrarbeit steuerlich wieder attraktiver zu machen. Nur Fleiß und Leistung bringe den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder auf Spur, war laut Stracke die einhellige Aussage aller am Tisch.

Trotz lahmender Wirtschaft und steigender Arbeitslosigkeit streiten die Koalitionäre „wie die Kesselflicker“, sagte Stephan Stracke. Daher fordere die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag seit Monaten ein Sofortprogramm für die Wirtschaft. „Die Ampel ist eine echte Gefahr für den Standort Deutschland. Ohne einen harten Kurswechsel drohen unserem Land dauerhafte Wohlstandsverluste“, erklärte der Oppositionspolitiker bei dem Treffen mit den Unternehmern. (pm)